Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 135 (1969)

Heft: 10

Artikel: Verteidigung Europas, der Nato-Mitglieder und der "grauen Zone" der Neutralen und der vollsouveränen Kommunisten

Autor: F.B.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-45271

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 04.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Verteidigung Europas, der Nato-Mitglieder und der «grauen Zone» der Neutralen und der vollsouveränen Kommunisten.

Von Hptm F. B.

Der Einsatz sowjetischer Truppen am 20./21. August 1968 gegen die Tschechoslowakei zeigte eine Bereitschaft Moskaus, militärische Machtmittel einzusetzen, die erheblich höher liegt, als in unseren Tagen der überall gepflegten Entspannung noch vermutet werden konnte. Die NATO ihrerseits mobilisierte nicht; sie wußte seit Wochen um die Truppenkonzentrationen; sie waren aber gegen ein Mitglied des Warschauer Paktes gerichtet, gegen das Moskau sich anschickte zu intervenieren, um seine bisherige militärische und politische Position im Herzen Europas zu sichern. Die tagtäglich im Situationsraum des NATO-Hauptquartiers in Belgien zusammentretenden politischen Berater des NATO-Rates hielten an ihrer Richtlinie fest, wonach alles zu unterlassen war, was von den offenbar ohnehin entschlossenen Sowjetrussen als äußerer Anlaß (Provokation) hätte aufgegriffen werden können. Damit war Prag nicht zu retten.

Die Truppen des Warschauer Paktes setzten sich am Abend des 20. August 1968 um 23 Uhr in Bewegung. Paris, London, Washington und einige andere NATO-Hauptstädte erhielten einige Stunden später von den sowjetrussischen Botschaftern die ausdrückliche Zusicherung, daß die Truppen des Warschauer Paktes auf Einladung Prags interveniert hätten und daß die Aktionen nicht gegen die «Staatsinteressen» der Vereinigten Staaten oder anderer Alliierter gerichtet seien. Radio Prag meldete um 2 Uhr am 21. August, daß die Invasion im Gang sei. 9 Minuten später brachte die Associated Preß der westlichen Welt die Kunde vom Überfall. Inzwischen sahen sich einige Radarstationen des Luftwarnnetzes der NATO partiell gestört, eine Nebenwirkung der systematischen Störung aller tschechischen Radaranlagen. Und zur Frühstückszeit in Europa waren alle Organe, die sich militärisch oder politisch mit der Führung in Krisenlagen zu befassen haben in Tätigkeit. In der Folge rief Bundeskanzler Kiesinger die NATO-Alliierten auf, zur Bekräftigung der Allianz und zu Beschlüssen für die Verstärkung des Verteidigungssystems zusammenzutreten. Andere NATO-Mitglieder sahen nach Washington, das den Ball zurückspielte und um «konkrete Angaben» darüber bat, was nach Ansicht der europäischen Bündnispartner zur Stärkung der Allianz vorzukehren wäre. Es fanden sich dann genügend «konkrete» Vorschläge, die reguläre Dezembertagung der Verteidigungsminister auf Mitte November vorzuverschieben.

Die Besprechungen beleuchteten erneut, wie sehr die NATO aus teils gegensätzlichen Interessen zusammengesetzt ist. Der Überfall stellte Fragen, die beantwortet werden mußten. Es ging um die besonderen Wünsche der einzelnen europäischen Alliierten und vor allem um die Frage, wie die NATO zu Ländern steht, die in der «grauen Zone» zwischen der NATO und dem Gebiet des Warschauer Paktes liegen. Die Diskussion wurde vom amerikanischen Staatssekretär für Auswärtiges, Dean Rusk, gestartet und von Alliierten mit besonderen Interessen an Staaten in der «grauen Zone» gefördert.

Die Abgrenzung der «grauen Zone» wird durch die Umschreibung des Bündnisgebietes der NATO nach Westen und durch die sowjetische Erklärung vom 14. September 1968, «Neutralität für sozialistische Länder bedeutet Trennung vom sozialistischen Lager» («Prawda Ukrainy») nach Osten vollzogen.

Unter den Alliierten der NATO zeigten sich die Italiener an einer Garantie der Allianz zugunsten Jugoslawiens interessiert, während die Bundesdeutschen an der Novembertagung 1968 für den Einbezug von Österreich und Finnland in den Schutzbereich der NATO plädierten. Unbekannt ist, wer unter den Alliierten für die Ausdehnung des Schutzes auf Albanien eintrat – man könnte von geographischen Gegebenheiten aus die Italiener oder Griechen vermuten. Niemand scheint zu wissen, wie die NATO auf einen (unwahrscheinlichen) sowjetischen Überfall auf Österreich oder Jugoslawien reagieren würde – vermutlich gleich wie den Ereignissen vor und nach dem 20. August 1968 in der Tschechoslowakei gegenüber.

Für Jugoslawien als kommunistisches Land gelten außenpolitisch von Moskau aus gesehen weitgehend die gleichen Bedingungen wie für die Tschechoslowakei. Militärisch ist die Lage Belgrads aber grundverschieden. Die Jugoslawen würden unter allen Umständen kämpfen, während für die Tschechen im August 1968 mit hoher Wahrscheinlichkeit angenommen werden konnte, daß sie dies nicht tun würden. Der militärisch gut geplante und durchgeführte sowjetische Überfall, an dem Truppen bis in den Raum des Baltikum beteiligt waren, blieb daher für die Sowjets mit keinen militärischen Risiken verbunden – eine Reaktion, die den Ablauf der sowjetischen Operationen hätte stören oder vereiteln können, wäre nur von der NATO zu erwarten gewesen, die offenbar durch ihr «Stillesitzen» in den Wochen des Aufmarsches zeigte, daß sie zu keinen Gegenaktionen bereit war. In der Novembertagung 1968 nahmen die Vertreter der NATO auch an, daß die militärische Bereitschaft der Jugoslawen eine in keiner Weise als «militärische Manöver» zu tarnende Umgruppierung und Bereitstellung von Angriffstruppen bedingen würde, die so viel Zeit beanspruchen müßte, daß die NATO Zeit fände, in aller Gründlichkeit zu überlegen, wie den sowjetischen Vorbereitungen zu begegnen wäre. Die Bereitschaft einiger NATO-Mitglieder, Jugoslawien militärische oder andere Hilfe zu gewähren, dürfte für Moskau aber nur wenig zählen. Nur die NATO als Ganzes hätte ein genügendes Abschreckungspotential, durch das sich die Überfallvorbereitungen stoppen ließen. Ob die Allianz aber mit ihrer vollen Macht reagieren würde, ist sehr fraglich.

Die Schweiz als Land in der «grauen Zone» stand offenbar außerhalb der Novembergespräche. In gleichem Maße, wie die Italiener die Ausdehnung des Schutzes der NATO auf Jugoslawien und die Bundesdeutschen auf Österreich wünschten, dürften die der NATO zugehörenden Nachbarstaaten auch an einer Garantie zugunsten der Schweiz interessiert sein. Das Land ist aber am weitesten von der unmittelbaren «Gefahrenzone» entfernt, weil es militärisch gut vorbereitet und permanent neutral ist und vor allem weil es nur über alliiertes oder neutrales Territorium auf dem Landweg erreichbar wäre. Damit kommt die Schweiz nicht in den Bereich der Planung über das, was die NATO bei einer Invasionsdrohung der Warschauer-Pakt-Staaten «an der Front» vorkehren müßte. Die wichtigste Komponente im Kalkül um die Schweiz ist die Gewißheit, daß sich ihr Gebiet nicht als Ergebnis eines «fait accompli» durch Überfall aus der Luft «über Nacht» in Besitz nehmen ließe, sondern nur durch eine bewaffnete Auseinandersetzung, die zudem nicht isoliert, sondern nur als Teil eines Vorstoßes über österreichisches Gebiet oder NATO-Territorium denkbar wäre, womit die Schweiz für die NATO nur im Rahmen anderer militärischer

Maßnahmen aber nicht isoliert in Vorplanungen mit zu berücksichtigen ist.

Das Szenario der NATO-Verteidigung würde nach Mutmaßungen von Sachverständigen wie folgt ablaufen: Sollten die Sowjetrussen ein Mitglied der NATO angreifen, müßte das (noch zu verstärkende) Dispositiv gestatten, die Angreifer während wenigstens 72 Stunden aufzuhalten; in dieser Zeit könnten die Amerikaner entweder die direkte Telephonverbindung nach Moskau benützen, um die Sowjetrussen von ihrem eingeleiteten Kriegsabenteuer abzubringen, oder aber direkt mit strategischen Atomwaffen antworten – die Frage des Einsatzes taktischer Atomwaffen ist offenbar innerhalb der Allianz noch offen, weil die europäischen Alliierten darin die vollständige Verwüstung ihrer Länder sehen und auch weil unter Sachverständigen strittig ist, ob der Einsatz taktischer Nuklearwaffen nicht letztlich für einen Gegner mit der breiten Landmasse im Rücken mehr Möglichkeiten bieten würde als für die NATO-Alliierten, die auf leicht zu zerstörende Nachschubhäfen angewiesen sind und nur wenig Raum zu Ausweichmanövern besitzen. In einer Krisenlage ist Washington in erster Linie auf seinen «heißen Draht» angewiesen. Der Einsatz taktischer Atomwaffen während dieser (wenigstens 72 Stunden umfassenden) Zeit der Verhandlungen dürfte höchstens in Form der «Demonstrationsbombe» im Sinne des britisch-deutschen Berichtes über die Verwendung taktischer Atomwaffen vom Mai 1969 denkbar sein. Der «heiße Draht» würde dann seine Funktionen ausgespielt haben, wenn ein Waffenstillstand zustande käme oder wenn die NATO militärisch nicht mehr in der Lage wäre, weiterhin zu halten. Dann käme die zweite Phase der NATO-Verteidigung. Über den Einsatz der kriegerischen Mittel der NATO in dieser Zeit bestehen zahlreiche militärtheoretische Abhandlungen, die mit Plänen der Amerikaner und Sowjetrussen in Zusammenhang gebracht werden können. – In der NATO bestehen genauere Absprachen unter den Alliierten über das, was in einer Berlinkrise (stufenweise) vorzukehren wäre; für die Abwehr in den ersten 72 Stunden müssen ebenfalls Absprachen unter den zusammenwirkenden NATO-Verbänden bestehen; für die umfassende Kriegführung jedoch dürften die Einsatzpläne gleich wie die dabei zu verwendenden Atomwaffen unter amerikanischem Verschluß sein.

Die NATO-Allianz ist eine Zusammenfassung von politischem Wollen und militärischen Mitteln, deren mögliches Zusammenwirken in einem Kriegsfall aus den einzelnen Teilen heraus analysiert werden muß.

«Die Allianz ist in den vergangenen Jahren ebensosehr ein Verfahren zur Führung der auswärtigen Beziehungen der Mitglieder untereinander wie zu einem Werk gegen eine Bedrohung von außen geworden», erklärte der bekannte Theoretiker Professor Thomas C. Schelling vor dem Unterausschuß des amerikanischen Senats, der im Mai 1966 unter dem Vorsitz von Senator Henry M. Jackson Hearings durchführte.

Militärisch gilt diesem weite Anerkennung genießenden Wissenschafter die Präsenz amerikanischer Truppen auf europäischem Boden als eine der «zentralen Züge der NATO-Strategie». Die Allianz wird in den Vereinigten Staaten von vielen wie von Professor Brodie als eine «einseitige Garantie (der Amerikaner) in der Verkleidung einer Allianz der Gleichen» gesehen.

Die in Europa integrierten Verbände der Alliierten stellen die Front dar und könnten vom Kommando der Allianz unmittelbar eingesetzt werden. Auch ohne vorherige Konsultationen? General Lauris Norstad antwortete Senator Jackson am 6. Mai 1966 mit Ja. Es bestanden zwar keine bestimmten Regeln, wo diese fehlen, müsse man jedoch solche ausarbeiten. Die Konsultationen würden aber unmittelbar nach dieser vom NATO-Kommando befohlenen ersten Reaktion auf einen Angriff erfolgen.

Wer würde dem ersten Operationsbefehl des NATO-Kommandanten zu gehorchen haben? Nur die Truppen, die Norstad vor 3 Jahren in Hearings als zur Frontlinie gehörig bezeichnen konnte: «Die 30 Divisionen ... sind die Frontlinie. Sie müssen dort sein, wenn etwas geschieht. Sie machen die strategische Reserve einsetzbar. Ohne sie ... würde die strategische Reserve nutzlos sein. Der Krieg (in Europa) wäre vorüber, bevor sie verwendet werden könnten.» Die über die atlantische Luftbrücke nach Europa zu fliegenden strategischen Reserven gehören nicht zur Frontlinie, wie sie General Norstad aus langjähriger Erfahrung definiert, weil sie nichts zu dem dort zu leistenden substantiellen Widerstand beitragen können. Diese Überlegungen gelten 1969, nach den Erfahrungen vom August 1968, noch mehr als im Mai 1966, als der ehemalige NATO-Oberkommandierende seine Ansichten dem Unterausschuß des amerikanischen Senates in Washington vorgeworfen. Nur was ihnen in gleicher Mobilität und vollständig kampfbereit entgegentreten kann, wird in den vielleicht entscheidenden ersten 72 Stunden wirklich zählen.

Würde jede Regierung der Alliierten einen Angriff, dem die Frontlinie der NATO unvermittelt begegnen müßte, als Bündnisfall anzusehen haben, der ihre volle Allianzverpflichtung auslöst? Man möchte dies ohne weiteres annehmen. Von Anfang an war aber, sagte General Norstad weiter aus, «etablierte Praxis in der Allianz, ihren Mitgliedern zu gestatten, ihre Kräfte zurückzuhalten oder sogar zurückzuziehen, wenn sie der Ansicht waren, daß es in ihrem nationalen Interesse liege, so zu handeln». Frankreich hat diese Möglichkeit, nicht mitzumachen, noch erheblich durch seine Erklärung erweitert, daß es sich nur im Falle eines «unprovozierten Angriffs» verpflichtet halte, mit der NATO in den Krieg einzutreten.

Die Frontlinie der NATO hat konventionelle und atomare (taktische) Mittel. Der sofortige Einsatz der konventionellen Kräfte steht außer Frage. Wann kämen aber die taktischen Atomwaffen zum Einsatz? Die Doktrin der «flexiblen» Begegnung verlangte möglichst viel konventionelle Kräfte, damit wenn möglich nicht oder dann erst wenn klar geworden ist, daß es sich um eine Auseinandersetzung um Leben und Tod handelt, mit Atomwaffen eingegriffen werden soll. Sie ist mit der Zeit zur unbeweglichen Strategie erstarrt. Der Einsatz der taktischen Atomwaffen kann nicht in derart schematischer Weise festgelegt werden. Denn damit wäre wieder ein Vorgehen zu unkontrolliertem und vor allem auf Destruktion gerichteten Atomwaffeneinsatz verbunden: Man werde konventionell kämpfen, solange man nicht verliere, kann keine für die Allianz gültige Regel sein; nur der Gesamteinsatz aller verfügbaren politischen und militärischen Machtmittel, sei es tatsächlich oder nur als Drohung, kann in den ersten 72 Stunden und später dem Westen ermöglichen, seine Positionen zu verteidigen. Professor Schellings eindeutige Ablehnung seiner Strategie, wie er sie im Mai 1966 formulierte, dürfte auf die beim amerikanischen Hauptalliierten geltenden Auffassungen nicht ohne Wirkung geblieben sein. Er sagte: «Das Ziel, genügend nichtnukleare Kräfte in Europa stationiert zu haben, um konventionellen Streitkräften von welcher Größe sie die Sowjetunion auch immer besammeln und westwärts zu werfen vermöchte, begegnen zu können und sie aufzuhalten, dürfte gänzlich aufzugeben sein. Ich wünschte, daß dieses Ziel für die amerikanische Regierung nicht so bedeutungsvoll geworden wäre, weil sie dabei nahe dazu kam, das,

was mit flexibler Strategie gemeint war, mit einer ganz unbeweglichen Strategie zu identifizieren, einer konventionell unbeweglichen.»

Die Einsatzdoktrin der NATO kann somit wohl kaum auf der Unterscheidung zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen aufgebaut sein. Beide Art Waffen müßten zum Einsatz kommen, je nach Lage. Die Mitbeteiligung der Alliierten an einem in jeder Phase einer Kampfführung der NATO somit grundsätzlich möglichen Einsatzentscheid für taktische Atomwaffen muß demnach eines der wichtigsten Probleme innerhalb der Allianz geworden sein. Für die Europäer geht es um die physische Existenz großer Teile ihrer Gebiete und Völker. Der strategische Schlagaustausch zwischen den beiden Hauptmächten dagegen würde Europa nur im Gefolge des sich daran anschließenden Krieges erfassen. Beim vorerst taktischen Einsatz der Atomwaffen auf europäischem Boden wäre die Reihenfolge aber umgekehrt. Den Europäern die Möglichkeit zu geben, über den Einsatz taktischer Atomwaffen in Europa mitzuentscheiden oder darüber selbständig zu entscheiden, dürfte für die Amerikaner so lange nicht in Frage kommen, als sie wesentliche Kräfte in Europa haben, deren erfolgreiches Kämpfen in gewissen Lagen vom Einsatz taktischer Atomwaffen abhängen könnte, wozu eine Zustimmung des direkt betroffenen Alliierten möglicherweise ohne weiteres oder aber auch gar nicht zu erhalten wäre – denn man ist offenbar im ungewissen, ob sich die europäischen Alliierten überhaupt mit taktischen Atomwaffen verteidigen lassen möchten. Andererseits wissen die Amerikaner, daß taktische Atomwaffen zu strategischen werden «vom Momente an, da der amerikanische Präsident erfährt, daß sie verwendet worden sind», erklärte Professor Schelling im Mai 1966 und führte weiter aus: «Ich war immer der Meinung, daß die kritischen Waffen die lokalen taktischen sein würden; über sie zu verfügen gibt die Macht, durch eine lokale Aktion eine nukleare Krise von gewollter Größe zu schaffen.» Die Europäer werden daher kaum damit rechnen können, allein oder zusammen mit dem amerikanischen Hauptalliierten über den Einsatz von Atomwaffen zu bestimmen. Das Problem, Alliierte an der Kontrolle des Einsatzes taktischer Atomwaffen teilhaben zu lassen, gilt weiterhin als unlösbar. Anders verhält es sich mit der Mitwirkung bei der Ausarbeitung der allgemeinen Einsatzdoktrin und der Festlegung der Ziellisten für Atomwaffen.

Kann man für das mögliche Verhalten der Amerikaner aus ihrem Vorgehen in früheren Konflikten Anhaltspunkte finden? Im Koreakrieg blieben die Vereinigten Staaten nach dem schon erwähnten Professor B. Brodie («Escalation and Nuclear Option», Princeton University Press, 1966) bei den konventionellen Mitteln, weil sie erstens damals nur einen beschränkten Vorrat an Atomwaffen hatten, zweitens die Wirksamkeit des Einsatzes nuklearer Waffen gegen taktisch wichtige Ziele, wie Brücken, unterschätzten und weil sie drittens von der Annahme ausgingen, daß die Intervention der Volksrepublik China lediglich eine sowjetische Kriegslist darstellte, um von dem als bevorstehend angenommenen Angriff auf Westeuropa abzulenken, und schließlich auch weil sie mit den starken Einwänden ihrer Alliierten, hauptsächlich der Briten, hätten rechnen müssen. Dabei hätte Peking während der ersten 5 Monate beobachtet, daß die Amerikaner auch in verzweifelten Lagen keine Atomwaffen einsetzten, und seinen Entschluß zur Intervention im Krieg darauf stützen können, daß die Amerikaner auch weiterhin keine Atomwaffen verwenden würden. In künftigen Verwicklungen kann wohl nicht mehr mit einem gleichartigen Verhalten der Vereinigten Staaten gerechnet werden. Lokale Konflikte wie Quemoy 1958 sind bestimmt konventionell zu führen. Daß in Vietnam keine Atomwaffen zum Einsatz kamen, ist wohl nicht so sehr der beschränkten Natur des lokalen Konfliktes zuzuschreiben als der Einsicht, daß damit keine militärische Entscheidung in einem Krieg zu erzwingen ist, der jederzeit nach dem Willen des Gegners von einem mehr konventionellen wieder zu einem vorwiegend mit Guerillas geführten Kampf werden kann. Dies ganz abgesehen davon, daß es sich für die Amerikaner in Vietnam wohl um eine für ihre regionale Politik wichtige, nicht aber für ihre Gesamtposition entscheidende Kriegführung handelt. Wie in der ersten Hälfte des Jahrhunderts würde aber die Bedrohung Westeuropas eine von jedem Amerikaner verstandene Bedrohung der Vereinigten Staaten selbst darstellen und somit die amerikanische Gesamtmacht herausfordern.

Gleich wie die Kubakrise 1962 die «gesamte militärische Macht Amerikas» ins Spiel brachte und damit die Ursache für den Rückzug setzte, so würde ebenfalls eine ähnlich provozierende Veränderung des Status quo in Europa eine amerikanisch-sowjetische Gesamtkonfrontation bringen. In der Kubakrise hat das Gleichgewicht des Schreckens, das angeblich die Macht der Amerikaner und Sowjetrussen gegenseitig neutralisiert, nicht funktioniert: nicht als Moskau seine Raketen einbaute, und später wiederum nicht, als Washington, das in diesem Raum militärisch überlegen ist, seine bewaffnete Intervention zur Beseitigung der Raketen auf Kuba androhte. Den konventionellen Kräften der Amerikaner standen auf dem möglichen Kriegstheater keine gleichwertigen sowjetrussischen gegenüber, und zudem waren die Amerikaner offensichtlich entschlossen, wenn nötig schrittweise immer mehr von ihrer Gesamtmacht einzusetzen. Die überfallartige Besetzung eines Landes in der «grauen Zone» in Europa hätte für die europäischen Alliierten eine gleiche Bedeutung wie seinerzeit die sowjetischen Raketen auf Kuba. Würden die Amerikaner aber gewillt sein, sich als Teil Europas zu verhalten und mit ihrer Gesamtmacht zu reagieren? Auf diese Frage versuchte die Novembertagung der NATO eine Antwort zu erhalten. Sie konnte aber 1968 noch nicht gegeben werden. Wartet Washington auf eine Vorleistung der Europäer in Form vermehrter Verteidigungsanstrengungen?

«Die Kunst des Krieges lehrt, uns nicht auf die Wahrscheinlichkeit des Nichtkommens des Feindes zu verlassen, sondern auf unsere eigene Bereitschaft, ihm entgegenzutreten, uns nicht auf die Chance seines Nicht-Angriffes zu verlassen, sondern vielmehr auf die Tatsache, daß wir unsere Position unangreifbar gemacht haben.»

Sun Tsu: Traktat über die Kriegskunst (5. Jahrhundert v.Chr.)